

## Teilnahme Regionalausschuss Walddörfer am 25 April 2021 durch „Bürgerinitiative Volksdorf 40“

Wortmeldung Dr. Marita Merkle, Dr. Arne Ostermann und Ulrike Schubert  
Agenda Punkte 2 und 11

Wortmeldung Dr. Marita Merkle:

### **Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Politik.**

Politiker aller Parteien heben den besonderen Charakter von Volksdorf hervor. Sie wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen, das Grün und den wald- bzw. parkähnlichen Charakter erhalten, ökologische Aspekte, wie z.B. Artenvielfalt, berücksichtigen, und so weiter und so fort.

Tatsächlich aber werden mit der Missachtung des Bebauungsplans Volksdorf 40 die Zerstörung des Stadtteils forciert. Sie fördern vorrangig die Interessen großer Bauunternehmen, nicht aber die Anträge kleinerer Einfamilienhausbauer ohne großen Bauträger.

Bürgerinnen und Bürger verlieren immer mehr ihr Vertrauen in die Politik, weil sich der Eindruck verstärkt, dass sich die Politiker kaum noch für das Gemeinwohl einsetzen. Sie scheinen zu sehr getrieben von den Finanzmärkten und werden so zu Erfüllungsgehilfen der Kapitalinteressen. Für die Sorgen und Nöte von Anwohnern zeigen sie wenig Verständnis.

Wortmeldung Dr. Arne Ostermann (nur A):

- A) Laut Recherche und Aussage der Presse, Heimat Echo, Herr Mathias Damm, hatte der Bauprüfausschuss das Bauvorhaben MAE7 ursprünglich abgelehnt, ist dann aber durch den Bezirksamtsleiter Thomas Ritzenhoff überstimmt worden. Laut Aussage der SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Frau Anja Quast hat Hr. Ritzenhoff eine Anweisung des Senats erhalten, abseits jeglicher ökologischer oder soziologischer Belange und mit uneingeschränkten Ausnahmegenehmigungen zusätzliche Wohneinheiten zu schaffen. Die pure Messgröße „Anzahl zusätzlich geschaffene Wohneinheiten“ ist in jedem Fall höher zu priorisieren, als inhaltliche und sachliche Argumente – weder baurechtliche noch politische.

*Unsere Frage hierzu lautet:* Welche Rechtsgrundlage gibt es für diese Handlungen? Welche Senatsbeschlüsse sind getroffen worden, die diese Aussetzung der auf demokratischen Prinzipien erarbeiteten Richtlinien und Gesetze verifizieren? Bitte stellen Sie die entsprechenden rechtsgültigen Schriftstücke zur Verfügung.

- B) Am Maetzelweg 7 wird aktuell ein Bauvorhaben verfolgt, welches expressis verbis den Charakter des betroffenen Quartiers verändern und zerstören will. Wörtlich soll ein Stück Harvestehude nach Volksdorf gebracht werden. Dafür sind drei Gebäudeklötze ohne nennenswerte und ortsübliche Begründung für 12 Wohneinheiten vorgesehen.

In der Baugenehmigung wird ersichtlich, dass die Genehmigung im August 2019 nur möglich wurde, indem weitestreichende Ausnahmegenehmigungen erteilt wurden und ausgewiesener Maßen der Intention der Begründung zum Bebauungsplan Volksdorf 40 zuwider gehandelt wurde.

*Unsere Frage hierzu lautet:* wie waren die eigentlichen Abstimmungsergebnisse zu

diesem Bauvorhaben MAE7 in der entsprechenden Sitzung? Hier interessiert uns sehr wohl das persönliche Abstimmungsverhalten der Ausschussmitglieder, mindestens jedoch die Anzahl Ja/Nein pro Fraktion!

- C) Sollte die angesprochene Bauprüfausschusssitzung das Bauvorhaben am Maetzelweg 7 genehmigt haben, so unter den schon genannten weitestreichenden Ausnahmegenehmigungen. Dies betrifft im Einzelnen die erhebliche Überschreitung der Baugrenzen u.A. von 2 m Richtung schutzbedürftiger Eichen historischen Alters, erweiterter Bebauungsfläche von +15% bzw. +45%! ohne die eine sinnvolle Flächenbereitstellung für 12 Wohneinheiten nicht möglich wäre sowie Aussetzung von Brandschutz für Kellergeschosse, obwohl hier Souterrain-Wohnungen geplant sind. Obwohl mit Bauarbeiten begonnen wurde, sind Baulastklärungen wegen grundstücksübergreifender Nutzungen ggf. noch offen – dies lassen Aussagen des Bauträgers nach konkreter Ansprache vermuten. Nur durch diese Praxis ist die völlig unverhältnismäßige Bauraumverdichtung auf 12 Wohneinheiten und die explizite Zuwiderhandlung zu der sehr gut beschriebenen Intention und Begründung zum Bebauungsplan Volksdorf 40 möglich!

*Unsere Frage hierzu lautet:* warum wurden so weitreichende Ausnahmegenehmigungen gewährt? Welche Begründungen sind dafür angeführt? Hier reichen uns keine Pauschalaussagen, es kommt auf die Details zu diesen unerhörten und weitreichenden Ausnahmen an!